

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

I 0206/2022 (DDI)

Interpellation André Wyss (EVP, Rohr): Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung (09.11.2022)

In den letzten Wochen war das Thema Menschenhandel wieder vermehrt in der Presse. Auslöser war unter anderem ein Bericht des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) vom Juli 2022 (Bekämpfung von Menschenhandel im kantonalen Kontext).

Dem Kanton Solothurn stellt der Bericht im Vergleich mit den anderen Kantonen alles in allem ein gutes Zeugnis aus. Jedoch ist anzunehmen, dass die Dunkelziffer (auch im Kanton Solothurn) hoch ist. So hat der Regierungsrat im Rahmen der Interpellation I 0208/2019 «Loverboy-Problematik» am 3. Dezember 2019 unter anderem folgende Aussage gemacht: «Der personelle Ressourceneinsatz solcher Verfahren ist hoch. Dementsprechend müssen Prioritäten gesetzt und die Bearbeitung anderer Fälle muss teilweise aufgeschoben werden.»

Beim Menschenhandel ist das verursachte persönliche Leid enorm, der volkswirtschaftliche Schaden gross. Die Corona-Jahre und die aktuelle wirtschaftliche Lage haben die Situation für Opfer von Menschenhandel zudem wohl noch komplexer und prekärer gemacht.

Aufgrund der angenommenen Dunkelziffer und wenigen Verurteilungen ist die Schweiz im Bereich Menschenhandel und Arbeitsausbeutung ein Low-Risk-Geschäft. Für eine effektive und konsequente Strafverfolgung und damit für eine wirksame Abschreckung braucht es genügend finanzielle, personelle, materielle, fachliche und technische Ressourcen. Im Rahmen des neuen Globalbudgets «Polizei Kanton Solothurn (2021 - 2023)» wurden diesbezüglich ein erster Schritt getan und die Ressourcen erhöht.

Auf schweizerischer Ebene ist die Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ) eine Fachstelle, welche sich kompetent mit dem Thema auseinandersetzt und wichtige Dienstleistungen anbietet. Gemäss den mir vorliegenden Informationen wurde von Seiten des Kantons Solothurn jedoch die per Ende 2021 ausgelaufene Kooperationsvereinbarung mit der Fachstelle FIZ nicht mehr erneuert.

Die Regierung wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Fälle von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung wurden zwischen 2010 und 2021 im Kanton Solothurn registriert (mit Aufschlüsselung auf die Bereiche) und wie hoch schätzt der Regierungsrat die Dunkelziffer?
2. Wie beurteilt die Regierung die Situation im Bereich Menschenhandel im Kanton Solothurn? Welche Erkenntnisse nimmt die Regierung aus dem erwähnten Bericht für Solothurn auf?
3. Was hat der Regierungsrat in den letzten Jahren unternommen, um Menschenhandel und Arbeitsausbeutung im Kanton Solothurn zu bekämpfen? Wie erfolgreich stuft er seine Bemühungen ein?
4. Ist die Regierung der Ansicht, dass Opfer von Menschenhandel in Solothurn auf allen Ebenen gut beraten, betreut, begleitet und untergebracht sind? Wenn nein, welcher Handlungsbedarf besteht?
5. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, für eine konsequentere Strafverfolgung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung die Ressourcen weiter auszubauen? Wenn ja, in welchem Bereich wäre dies nötig/sinnvoll?

6. Weshalb wurde mit der FIZ kein neuer Kooperationsvertrag abgeschlossen? Welche Vor- bzw. Nachteile ergeben sich daraus?

Begründung 09.11.2022: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Silvia Fröhlicher, 3. Bruno Vögtli, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Patrick Friker, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Philipp Heri, Urs Huber, Stefan Hug, Rolf Jeggli, Karin Kälin, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Farah Rummy, Patrick Schlatter, Sarah Schreiber, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Marie-Theres Widmer, Marianne Wyss, Nicole Wyss (34)